



Jugend im Parlament¹ Resolutionen 2003

Schule

SchülerInnen-Rechte

Präambel

Die Arbeit dieses Unterausschusses gründet sich auf den „Vierten Jahresbericht der Ombudsfrau für Schülervertretungen in Hamburg“. In ihrem Bericht schildert die Ombudsfrau Barbara Beutner, die sich dem Unterausschuss auch als Expertin zur Verfügung stellte, Missstände aus Sicht der SchülerInnen an Hamburger Schulen; darunter der Boykott schulpolitischen Engagements der Schülerinnen und Schüler durch den Lehrkörper, die Diskriminierung nicht-deutscher Klassenvertreterinnen und Klassenvertreter und die Verwehrung des Rechtes auf freie Religionsausübung.

Ausgangspunkt

- Die Arbeit in der SchülerInnenvertretung ist Ausdruck ersten frühen (schul-)politischen Interesses und Engagements.
- Verwehren Lehrerinnen und Lehrer der SchülerInnenvertretung, wie im Ombudsbericht dokumentiert, ihre im Hamburgischen Schulgesetz (HmbSG) gesicherten Rechte, wird die Arbeit der SchülerInnenvertretung boykottiert und das politische Interesse ihrer Mitglieder erstickt.
- Dies könnte ein Grund für die beklagte „Politikmüdigkeit“ der Jugend sein und wäre deshalb zu bekämpfen.
- Wir fordern die Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg daher auf, diese Rechtsübertretungen der Lehrerinnen und Lehrer aufs Schärfste zu verurteilen und sich dafür einzusetzen, dass der demokratische Grundgedanke bereits bei den Jüngsten, in der Schule, Gültigkeit besitzt und seitens des Lehrkörpers vermittelt, ernstgenommen und gefördert wird.
- Wir verlangen, dass alle Schülerinnen und Schüler von ihrem Mitspracherecht Gebrauch machen können, ohne sich durch ihre Lehrerinnen und Lehrer, wie im Ombudsbericht geschildert, eingeschüchtert, ignoriert oder verleumdet zu fühlen!

Forderungen

- Wir fordern, dass die neutrale und anonyme Anlaufstelle der Ombudsfrau für SchülerInnenvertretungen erhalten bleibt und verstärkt publiziert wird, da sie eine wichtige Funktion zur Reflektion von SchülerInnenvertretungsarbeit darstellt.

- Der diesjährige Ombudsbericht Frau Barbara Beutners belegt erneut, dass SchülerInnenvertretungen durch ihre LehrerInnen häufiger am Ausüben ihrer Pflichten gehindert werden.
- Aufgrund dessen fordern wir, dass LehrerInnen, die SchülerInnen ihre Rechte verwehren, mit disziplinarischen Konsequenzen zu rechnen haben. Die Schulaufsicht muss sicherstellen, dass SchülerInnen nicht ihrer Grund- und Mitspracherechte beraubt werden.
- Es muss gewährleistet werden, dass SchülerInnenvertretungen eigenverantwortlich, unabhängig und von ihren LehrerInnen als gewählte VertreterInnen der Schülerschaft akzeptiert arbeiten können!
- KlassensprecherInnen wurden durch zurückgehaltene Einladung oder als einschüchternd empfundenen Verhalten ihrer LehrerInnen daran gehindert, sich in Klassenkonferenzen zu Wort zu melden.
- Dem muss entgegengewirkt werden! LehrerInnen müssen ihrer Verpflichtung nachkommen und gerade den KlassensprecherInnen die Gelegenheit einräumen, in Klassenkonferenzen Stellungnahmen abzugeben. Wir verlangen, dass LehrerInnen zur Anerkennung des Vertretungsmandats der Klassen- bzw. SchülerInnenvertreterInnen verpflichtet werden und dieses ernstnehmen.
- KlassensprecherInnen sind nicht die Ersatzordnungskräfte einer Klasse. Die LehrerInnen müssen begreifen, dass es nicht zu den Aufgaben einer Klassensprecherin / eines Klassensprechers zählt, für Ruhe zu sorgen, Regelverstöße zu melden oder sonst wie zu denunzieren.
- Auch SchulleiterInnen dürfen sich nicht über das demokratische Gestaltungsrecht der SchülerInnenvertreterInnen hinwegsetzen. Bei solchen Rechtsübertretungen verlangen wir Konsequenzen!
- Die im „Schulrecht Hamburg“ unter Nr. 1.2.6 festgelegten technischen Hilfsleistungen zur Unterstützung der Arbeit des Schülerrates dürfen selbigem keinesfalls verwehrt bleiben, sondern müssen uneingeschränkt nutzbar gemacht werden.
- Das Postgeheimnis hat auch in der Schule Gültigkeit. Wird es durch Schulleitungen oder Sekretariate gebrochen oder wird die Post nur unvollständig an den SchülerInnenrat weitergeleitet, so muss dies dienstrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen!
- Grund zahlreicher schulischer Konflikte ist die mangelnde Kommunikationsbereitschaft und das Fehlen einer Dialogkultur von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern.
- Daher fordern wir, dass zwischen SchülerInnen und ihren LehrerInnen ein steter Dialog in Form eines Feedback-Bogens institutionalisiert wird. Mittels dieser Feedback-Bögen könnten die SchülerInnen ihren LehrerInnen Rückmeldung geben, was zum Einen Konflikten präventiv entgegenwirken könnte und zum Anderen Konfliktsituationen ausschliesse, wie sie im Ombudsbericht Frau Barbara Beutners beschrieben sind und Letztens zur Unterrichtsqualitätsförderung beitragen:

- SchülerInnen bemühten sich (zum Teil die fachliche Kompetenz ihrer Fachkraft anzweifelnd) durch Hinweise und Kritik den Unterricht mitzugestalten. Ihre LehrerInnen jedoch ignorierten dies oder taten es als böswillige Unterstellung oder Lüge ab. Dies ist keine Gesprächskultur, in der sich Konflikte dieser Art lösen lassen! Deshalb verlangen wir weiter eine höhere Faktorisation von SchülerInnen-, Eltern- und LehrerInnen-Beratungsgesprächen im Lehrerarbeitszeitmodell (AZM), damit SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern der nötige Rahmen zur Entwicklung einer konfliktlösenden Gesprächskultur gewährleistet ist. Durch einen derartig gesicherten Rahmen, wäre auszuschließen, dass SchülerInnenvertreterInnen resignierend sich aus Konflikten oder gar ihrem Amt zurückziehen müssen, um dem Druck ihrer MitschülerInnen und LehrerInnen zu entgehen und nicht zwischen den Fronten zerrieben zu werden.
- SchülerInnen nicht-deutscher Herkunft wurden, so dokumentiert der Ombudsbericht, durch ihre LehrerInnen vor der Klassengemeinschaft wegen ihrer Aussprache der Lächerlichkeit preisgegeben. Das ist zu verurteilen und zu ahnden! Auch muss die Religionsausübung bei Klausurversäumnissen als Entschuldigung akzeptiert werden, ganz gleich welche Religion ausgeübt wird. Das Nachschreiben der aufgrund eines Feiertages versäumten Klausur muss dem Schüler / der Schülerin gestattet sein.
- SchülerInnen haben Rechte! Diese dürfen ihnen unter keinen Umständen abgesprochen werden!

Nicht in einem Rechtsstaat!

Nicht in einer Demokratie

Schulen in freier Trägerschaft

In Hamburg gibt es verschiedene Schulen in freier Trägerschaft. Dazu zählen unter anderem die konfessionellen Schulen und die Waldorfschulen. Die konfessionellen Schulen werden über die Kirchensteuer mitfinanziert, die meisten anderen Schulen in freier Trägerschaft über Elternbeiträge.

All diese Schulen sind eine Bereicherung für Hamburg. Sie geben Eltern die Möglichkeit, ihrem Kind eine individuelle Bildung zukommen zu lassen. Da die Schüler dieser Schulen nicht voll vom staatlichem Schulsystem getragen werden, entlasten sie die Hansestadt Hamburg.

Durch steigende Kosten und ausbleibende Einnahmen (z.B. Rückgang der Kirchensteuer) sind diese Schulen in Gefahr. Dies führt zu größeren Klassen und weniger Lehrerstellen. In einigen Schulen müssen daher die Elternbeiträge erhöht werden. Dadurch bleibt einigen Schülern die Möglichkeit, diese Schulen zu besuchen, verwehrt.

Daher fordern wir:

Einhaltung des Wahlversprechens!

Das bedeutet:

Dass Hamburgs Schulen in freier Trägerschaft 80% von dem, was die Stadt Hamburg für ihre Regelschüler ausgibt, bekommen sollen. Diese Mittel dürfen nicht bei den staatlichen Schulen gekürzt werden.

Nur so kann das Überleben dieser Schulen gesichert werden. Nur so kann es in Hamburg auch weiterhin ein vielfältiges Angebot an Schulformen geben.

Qualitätssicherung von LehrerInnen

1. Prüfungen
2. Weiterbildung
3. Feedback-Bögen
1. Wir stellen fest, dass Lehrer nach ihrer Verbeamtung lediglich alle fünf Jahre auf ihrer fachliche Kompetenz geprüft werden. Dies erfolgt allerdings nur bis zum 50. Lebensjahr.

Es ist insofern problematisch, als dass dies ein Drittel ihrer gesamten Arbeitszeit betrifft und darüber hinaus das Durchschnittsalter Hamburger Lehrer sowieso über 50 Jahre liegt, so das zur Folge, dass wir von Lehrern Unterricht werden, die im Durchschnitt gesehen keiner Überprüfung mehr unterziehen müssen.

Das Ergebnis kennen wir!

Deshalb fordern wir:

1. die Zeitspanne der Lehrerprüfungen von fünf auf drei Jahre zu verkürzen. Die sollte unangekündigt und bis zum Ende der Dienstzeit stattfinden.
2. Wir stellen fest, dass Lehrer oft Defizite in pädagogisch und neuen median haben(z.b. in EDV)Deshalb fordern wir mehr Weiterbildung für betroffene Lehrer, wodurch der Unterricht verbessert werden kann, da Lehrer neue median benutzen.
3. Wir stellen fest, dass Lehrer ihren Unterrichtsmethoden kaum rechtfertigen und nachweisen müssen. Mängel an fachlicher und pädagogischer Kompetenz auf. Deshalb fordern wir, Feedback-Bögen für Lehrer die von Schülern ausgefüllt werden. In diesen sollen fragen der fachlichen und pädagogischen Kompetenz enthalten.

Wodurch auch die Weiterbildung von Lehrern möglichen sein sollte.

Schulgesetz

„§ 12 HmbSG

Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Betreuung kranker Schülerinnen und Schüler

1. Durch individuelle Integrationsmaßnahmen, Einrichtungen zur Beratung und Unterstützung von Eltern, Lehrkräften sowie zur Unterstützung und ergänzenden Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, durch Integrationsklassen und Sonderschulen werden die organisatorischen pädagogischen Rahmenbedingungen für die Förderung und Erziehung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geschaffen. Allgemeine Schulen, Einrichtungen und Sonderschulen wirken enger Zusammenarbeit auf eine Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf den Unterricht der allgemeinen Schule hin. Kinder, Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden in

Sonderschulen aufgenommen, wenn sich integrative Förderung nicht realisieren lässt.

2. Sonderpädagogische Förderung durch Einrichtungen erfolgt grundsätzlich als individuelle Integrationsmaßnahme in der allgemeinen Schule. Sie kann angeordnet werden, wenn die Schülerinnen und Schüler durch Regelunterricht ihrer Stammschule nicht hinreichend sonderpädagogisch gefördert werden können.
3. Vorübergehende schulersetzennde Betreuung durch Einrichtungen ist zulässig, wenn Schülerinnen und Schüler zeitweise nicht am Unterricht ihrer Schule teilnehmen können. Diese Schüler und Schülerinnen gehören weiterhin ihrer Stammschule an.
4. Die Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf, die Anordnung sonderpädagogischer Förderung und die Entscheidung über eine vorübergehende schulersetzennde Betreuung erfolgen auf der Grundlage des Ergebnisses eines sonderpädagogischen Überprüfungsverfahrens nach Anhörung der Erziehungsberechtigten. Das Nähere zum Verfahren der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und zur Anordnung einer Betreuung, zu der Art und Dauer der Betreuung sowie zu der Zusammenarbeit von Schulen und Einrichtungen regelt der Senat durch Rechtsverordnung.
5. Integrationsklassen zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf können als Regelangebot in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I eingerichtet werden, wenn dafür örtlich die räumlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen gegeben sind. Die Entscheidung trifft die zuständige Behörde. Entsprechende Anträge können von der Schulkonferenz oder von der Mehrheit der Erziehungsberechtigten der zu einer Schule gehörenden Schülerinnen und Schüler gestellt werden. Das Nähere über die Voraussetzungen und über das Aufnahmeverfahren regelt der Senat durch Rechtsverordnung.
6. Schülerinnen und Schüler, die wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Erkrankung auf längere Zeit oder auf Dauer keine Schule besuchen können, werden im Haus- und Krankenhausunterricht schulisch betreut.

Zentralabitur

Wir stellen fest: Ein Zentralabitur führt zu einer Angleichung des Lernrtempos und zu einer radikalen Angleichung der Inhalte. Auf individuelle Interessen und Problemlagen an den verschiedenen Schulen kann keine Rücksicht genommen werden. Der allgemeine Lehrplan sorgt schon heute dafür, dass bestimmte grundlegende Inhaltslinien verbindlich sind.

Wir fordern: Das Zentralabitur nicht einzuführen.

Rechtsverordnung

Wir stellen fest, dass wichtige Elemente im Gesetz durch Rechtsverordnungen geregelt werden. Wir fordern, dass das Gesetz so geschrieben wird, dass Rechtsverordnungen

nicht nötig sind. Wir wollen damit ein Mitspracherecht der Bürgerschaft bei grundlegenden Fragen erreichen.

Integrierte Haupt- und Realschulen

Wie stellen fest: Dass der Schulversuch IHR einen positiven Einfluss auf die Hauptschüler hat.

Deshalb fordern wir: Dass das Projekt IHR zu einem Standard Angebot der Hamburger Schulen wird.

Lern- und Lehrmittelfreiheit

Wir stellen fest:

Lern- und Lehrmittelfreiheit ist gut. Da jedoch die Wirklichkeit anders aussieht, wir zahlen jährlich sehr viel Geld für Kopien und Lektüren, so dass über eine Änderung der angeblichen Lern- und Lehrmittelfreiheit oder eine Umstrukturierung nachgedacht werden kann.

Wir fordern:

Sollte die Lernmitteloffensive wie geplant umgesetzt werden, dürfen die Kosten für die Eltern, die versprochenen 60,00 € überschreiten. Für Geschwisterkinder muss es eine Sonderregelung geben. Außerdem muss das Einkommen der Eltern berücksichtigt werden. Es sollte eine einheitliche Lern- und Lehrmittelversorgung an allen Schulen geben, so dass die gleichen Bücher benutzt werden und so zum Beispiel Bücher an Geschwisterkinder weiter gegeben werden und bei einem Schulwechsel keine Probleme mehr entstehen. Dies soll auch für alle Schulen in freier Trägerschaft gelten. Kinderlose sind in die Verantwortung zu ziehen, indem sie zum Beispiel den Beitrag oder zumindest einen Teilbeitrag zur Lern- und Lehrmittelbeschaffung erbringen.

Schülerausweise

Wir stellen fest:

Dass der aktuelle SchülerInnenausweis aus Papier sehr unpraktisch und leicht kaputt geht. Wobei er auch leicht fälschbar ist.

Deshalb fordern wir:

Einen Schülerausweis aus Plastik in form eines Führerschein Formats, für alle SchülerInnen.

Mit diesen Ausweis sollte es auch möglich sein beim ohne eine weitere Bestätigung eine HVV-Monat/Jahreskarte zu erwerben.

Gesamtschulen

Wir stellen fest:

Das durch Kürzungen der Gesamtschulen, der Sinn der Gesamtschule verloren geht, da SchülerInnen schlechter gefördert werden können.

Wir fordern deshalb:

Das die finanzielle Mittel nicht mehr gekürzt werden sollen bzw. wieder aufgestockt wird. Da Gesamtschulen der Haupt- und Realschulen sowie Abiturienten betreut werden müssen. Durch Gesamtschulen wird auch die Integration gefördert, was im Interesse aller liegt.

Lehrerarbeitszeitmodell

„Mit der besonderen Förderung der Bildung“ will die FDP-Bürgerschaftsfraktion die Fähigkeit aller Menschen steigern, dass eigene Leben selbstverantwortlich zu gestalten.“ So kann man es auf der Bürgerschaftshomepage der FDP-Fraktion lesen. Leider mussten wir bei unserer Ausschussarbeit etwas Gegenteiliges feststellen. Die Förderung für kreatives bzw. individuelles Arbeiten wird durch das Lehrerarbeitszeitmodell in weitem Maße eingeschränkt. Eine ausgesprochen hohe Belastung der Lehrer zieht den Qualitätsverlust des Unterrichts an Hamburger Schulen nach sich.

Wir stellen fest, dass aus dem Lehrerarbeitszeitmodell folgende Punkte resultieren:

- *Anpassung des Lehrerberufs an andere Beamtenberufe (Stundenangleichung),* wodurch die Lehrer höher belastet werden und die Unterrichtsqualität unweigerlich sinkt.
- *Unterschiedliche Arbeitsaufwandsbemessung der verschiedenen Fachlehrer durch vorgegebene Faktoren,* die Faktorisierung der einzelnen Unterrichtsfächer sorgt für Unstimmigkeiten innerhalb der Kollegien.
- *Für außerschulische Aktivitäten wie Klassenreisen werden der Lehrkraft nur eine geringe Anzahl an Stunden vergütet, die dem Aufwand einer solchen nicht angemessen sind.* Die unzureichende Vergütung für außerschulisches Engagement und die hohe Belastung der LehrerInnen werden in Zukunft keine Klassenreisen bzw. Projekte oder Wettbewerbe ermöglichen. Klassenreisen sind unumgänglich für die Bildung einer Klassengemeinschaft.
- *Vorgegebene Korrektur- bzw. Unterrichtsvorbereitungszeit, mit z.t. utopischen Zeitvorgaben.* Aus den Zeitvorgaben für Unterrichtsvorbereitung und Korrektur werden anspruchlose und nicht individualitätstfördernde Klassenarbeiten bzw. Tests resultieren, da lange kreative Textarbeiten durch die Zeitvorgaben nicht vorzubereiten geschweige denn zu korrigieren sind. Durch diese Vorgaben sowie die hohe Belastung der LehrerInnen leidet die Unterrichtsqualität.
- *Transparenz der Lehrerarbeitszeit, welche für ein höheres Ansehen des Lehrerberufes sorgen soll.* Die Arbeit in dem vom AZM vorgegebenen Zeitvorgaben wird zwar abgebildet, jedoch liegt die wirkliche Arbeitszeit bei weitem über dem, was die Vergütung des Lehrerarbeitzeitmodells dafür vorsieht.

Wir fordern:

- *Die sofortige Absetzung des Lehrerarbeitszeitmodells, da dieses durch die ungerechte Faktorisierung, utopische Zeitvorgaben zur Korrektur- bzw.*

Unterrichtsvorbereitungszeit sowie mangelnde Transparenz als unausgereiftes Modell auf den Schultern der LehrerInnen getestet wird und für eine viel höhere Belastung der LehrerInnen sorgt.

- *Falls das Modell nicht abgesetzt wird eine Einbeziehung der physischen sowie der psychischen Belastung der LehrerInnen, dies würde für eine etwas höhere Gerechtigkeit zwischen den LehrerInnen sorgen.*
- *Klassenreisen sowie andere außerschulische Aktivitäten sollten durch Freistunden vergütet werden, dadurch werden endlich engagierte Lehrer belohnt.*

Information über Zivildienst, Bund und andere Freiwilligendienste

Die Zeit nach der Schule:

- 1.a Wir stellen fest, dass, obwohl die Berufsinformation in den Schulen sehr ernst genommen wird, den Schülern bei der Entscheidung über Bund, Zivildienst oder andere Freiwilligendienste zu wenig geholfen wird.
- 2.a Wir stellen fest, dass, trotz der großen zivilgesellschaftlichen Bedeutung Freiwilligendienste zu wenig gefördert werden.
 - 1.1 Abgehende Schüler werden viel zu wenig über die rechtlichen Grundlagen der Verweigerung des Wehrdienstes oder die Arbeit beim Bund informiert.
 - 1.2 Die meisten Schüler wissen auch viel zu wenig über konkrete Stellenangebote von Zivildienstplätzen, vor allem in der näheren Umgebung ihrer Schule.
 - 1.3 Die Informationen über andere freiwillige Dienste, z. B. FÖJ, FSJ oder Auslandsdienste, sind mangelhaft.
- 2.1 Das Angebot für Stellen des Freiwilligen Ökologischen Jahres ist auf Grund der zu geringen Förderung zu klein, nämlich nur 26 Stellen in Hamburg.

Wir fordern deshalb:

- 1.b Wir fordern deshalb für alle Abschlussklassen Informationsveranstaltungen, Broschüren und Thematisierung im Unterricht oder während der regulären Berufsinformation über rechtliche Grundlagen bei der Wahl von Wehr- oder Ersatzdiensten.
Genauso wichtig scheint es uns in diesem Rahmen aufzuklären über konkrete Stellenangebote auch im Bereich der anderen Freiwilligendienste.
Geeignet dafür wären Berichte von ehemaligen oder aktuellen Dienstleistenden.
- 2.b Wir fordern größere Zuschüsse für die Freiwilligendienste.

Innenausschuss

Ordnungs- und Sicherheitspolitik des neuen Senates

1. Kriminalitätsbekämpfung

1.1 Wir stellen fest:

Verstärkte Repression und konsequentere Strafverfolgung als Mittel der Sicherheitspolitik des neuen Senates, haben kurzfristig zu einem augenscheinlichen Absinken der Kriminalitätsrate geführt.

1.2 Wir fordern:

für einen langfristigen Rückgang der Kriminalität mehr präventive Maßnahmen durchzuführen.

Besonders auf dem Gebiet der präventiven Bekämpfung von Ausländerkriminalität ist in Hamburg noch Nachbesserungsbedarf vorhanden. Durch die bessere Integration von ausländischen MitbürgerInnen könnte diese gesenkt werden.

Dieses Ziel glauben wir erreichen zu können durch:

- Die Schaffung von speziellen Lerneinrichtungen, in denen ausländische Kinder schon vor Eintritt in die (Grund-)Schule spielerisch die deutsche Sprache lernen. Zur Sicherstellung des gewünschten Erfolgs sollte diese Maßnahme obligatorisch sein.
- eine bessere Durchmischung von verschiedenen Sprachgruppen und Kulturkreisen in sozialen Wohnanlagen

2. Ordnungsdienst

2.1 Wir stellen fest:

der neueingeführte „Städtische Ordnungsdienst“ ist sinnvoll, jedoch personell unterbesetzt

2.2 Wir fordern:

Deshalb im Rahmen der repressiven Maßnahmen den „Städtischen Ordnungsdienst“ mit wesentlich mehr Personal zu versehen, da wir der Meinung sind, dass gegen Vandalismus, Umweltverschmutzung und die Belästigung unbescholtener Bürger durch verschiedene Arten von Müll deutlich und entschieden vorgegangen werden muss. Diese Maßnahme sollte sich aus den für Ordnungswidrigkeiten erhobenen Bußgeldern finanzieren, die gegebenenfalls entsprechend zu erhöhen wären.

Drogenpolitik

1. Brechmittel

Wir stellen fest:

- Juristisch gesehen, kann man keine Straftäter drei Tage lang festhalten, um eine natürliche Ausscheidung der verschluckten Drogen abzuwarten

- Die Festgenommenen haben nicht die Möglichkeit zwischen dem Brechmittel und dem Abwarten einer natürlichen Ausscheidung des Verschluckten zu wählen
- es gibt die Möglichkeit den Finger in den Hals zu stecken, ein Brechmittel zu nehmen oder sondiert zu werden, doch die Möglichkeit einer Spritze wird in Hamburg verwehrt
- die Voruntersuchung beinhaltet: Befragung zur Gesundheit, Abhören, Sauerstoffgehalt, Puls und Drogeneinfluss. Dies ist bei Aussiedlern und Ausländern nicht ausreichend, da für diese meistens keine oder nur in geringem Ausmaße ärztliche Daten vorliegen

Wir fordern:

- die Einführung der alternativen Brechmittelverabreichung durch die Spritze
- dass bei einer Festnahme und Verweigerung der Brechmitteleinnahme das Brechmittel nicht durch die Sonde eingeführt wird, sondern dass in diesem Fall die Spritze zum Einsatz kommt
- dass Festgenommenen die Möglichkeit haben, eine natürliche Ausscheidung abzuwarten
- bei Aussiedlern und Ausländern muss eine gründlichere Untersuchung vor der Brechmittelverabreichung durchgeführt werden

2. Umverteilung der Drogenszene

Wir stellen fest:

- eine Umverteilung der Drogenszene in Randbezirke hat stattgefunden, jedoch gab es keine rückläufige Entwicklung des Drogenkonsums und des Drogenverkaufs

Wir fordern:

- das Problem muss an seiner Wurzel bekämpft und nicht verlagert werden, z.B. durch Nutzung des Familien - Interventions- Teams
- auf Grund der aktuellen Situation muss in den Randbereichen Hamburgs die Drogenszene verstärkt kontrolliert werden

3. Fixstern

Wir stellen fest:

- die Fixsterne garantieren die Vergabe von sauberen Spritzen. Dadurch wird eine zusätzliche Infektionsgefahr bei Drogenabhängigen verhindert. Diese Stellen leisten gute und effektive Arbeit
- diese sollen ausschließlich zu Beratungsstellen mit Kaffeeangebot umstrukturiert werden. Dafür müssen zusätzliche Gelder ausgegeben werden.

Wir fordern:

- die Weiterbestehung und Förderung der Fixsterne
- die Standpunkte dieser sollen besser überdacht werden

Jugendkriminalität

1. Kinderprostitution

Wir stellen fest:

- die Prostitution von Kindern wie Erwachsenen existiert nur auf Grund eines bestehenden Angebotes und einer solchen Nachfrage
- das Angebot der Kinderprostitution wird weiter bestehen, solange die Nachfrage existiert.

Wir fordern:

- die Nachfrage muss eingeschränkt und gestoppt werden. Das verwirklichen wir durch die strafrechtliche Verfolgung und Bestrafung von denen, die die Dienstleistungen von Prostituierten in Anspruch nehmen

2. Geschlossene Jugendanstalten

Wir stellen fest:

- die geschlossenen Unterbringen in der jetzigen bestehenden Form sind ungenügend
- es ist ein hoher personellen Aufwand, , psychologische, schulische und pädagogische Betreuung notwendig, um den Schülern einen Aufenthalt zu gewährleisten
- es muss gewährleistet werden, dass die Schüler, die zu einer Haftstrafe verurteilt werden, nicht gemeinsam mit erwachsenen Straftätern in einer Haftanstalt sind. Dies fördert das kriminelle Handeln von Jugendlichen.

Wir fordern:

- geschlossene Heime mit einer ein hoher personellen Aufwand, , psychologische, schulische und pädagogische Betreuung werden jugendlichen Straftätern gerecht, da diese die nötigen Erziehungsmaßnahmen für gesellschaftlich untüchtige Jugendliche mit sich bringe

3. Strafmündigkeit

Wir stellen fest:

- die Schill-Partei will Strafmündigkeit von 14 auf 12 Jahren herabsetzen

Wir fordern:

- der Strafmündigkeitsbeginn soll bestehen bleiben, da 12jährige laut Expertenmeinung nicht die ausreichende Reife haben, um nach dem Jugendstrafrecht verurteilt zu werden. Sie sind noch nicht in einem solchen Maße verantwortungsbewusst sind.

Jugend und Kultur

Unser Ausschuss versteht unter Kultur alle Arten der Freizeitgestaltung, die Jugendliche außerhalb der Schule zur Verfügung stehen. Es geht uns nicht nur darum, die „klassischen“ Kulturangebote (wie Museen, Oper etc.) für Jugendliche attraktiver zu machen, sondern auch, den Interessen und Fähigkeiten von Jugendlichen durch ein erweitertes, auf sie zugeschnittenes Angebot gerecht zu werden. Unsere folgenden Resolutionen beruhen auf dieser Definition von Jugendkultur.

Bessere Information

Hamburg verfügt zwar über ein vielfältiges kulturelles Angebot, allerdings sind zu wenig Jugendliche darüber informiert und deswegen wird nur ein Bruchteil des vorhandenen Potentials genutzt.

Wir schlagen vor:

- mehr *Eventmagazine* für Jugendliche, in denen über das bestehende Jugendangebot informiert wird. Ein solches Magazin könnte durchaus in eine schon bestehende Zeitung (z.B. Live- Teil des Hamburger Abendblattes) integriert werden; bzw. die bessere Verbreitung der schon bestehenden Magazine (Uni-/ Abiscene).
- den *Kulturring* u.ä. bekannter zu machen, z.B. durch vermehrtes Verbreiten in Schulen und evtl. ähnliche Angebote für andere Bereiche (Sport, Messen etc.) zu gestalten.
- Kürzungen im Bereich von Institutionen wie dem Kulturring rückgängig zu machen und mehr staatliche Förderung für diese Bereiche.
- ein von Jugendlichen viel in Anspruch genommenes Medium wie z.B. Kino als Informationsträger zu nutzen, um auf kulturelle Angebot aufmerksam zu machen.
- einen „*Kultur-Lehrer*“ an jeder Schule, um möglichst viele Jugendliche über die Schule mit Kultur in Berührung zu bringen. Die Aufgaben des Kultur-Lehrers bestehen darin, die Schüler über das Kulturangebot zu informieren und ein *Event-Board*, welches an jeder Schule über Veranstaltung informiert, aktuell zu halten. Ggf. werden klassenübergreifende Ausflüge für Schüler von ihm organisiert.
- eine aktuelle, klar gestaltete Homepage, auf der auf Parties in Jugendzentren etc. hingewiesen wird.

Aktionen und Aktionstage

Gemeinsame, für alle Gruppen zugängliche Aktionen führen zu einem Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl unter allen Jugendlichen und fördern das kulturelle Interesse auf entspannte Art und Weise.

Wir schlagen vor:

- *Aktionstage* (wie z.B. die „Nacht der Museen“) vermehrt auf Jugendliche auszurichten, um damit Institutionen wie z.B. Museen für Jugendliche attraktiver zu machen.
- weiterhin einen *Ferienpass* (in alter Form) zu fördern, der über Veranstaltungen in allen Ferien informiert und Vergünstigungen für alle Schüler beinhaltet. Außerdem ein ähnliches Angebot für ältere Jugendliche, in der über Praktika in den Ferien informiert wird und Plätze angeboten werden.
- *Musikveranstaltungen* staatlich zu unterstützen, um Eintrittsermäßigungen für Jugendliche möglich zu machen.

Messen

Messen sind dafür geeignet umfassende Informationen an Jugendliche zu vermitteln, um ihre Interessen auszuweiten und zu vertiefen.

Wir schlagen vor:

- *Jugendmessen* wie z.B. „You“ in Hamburg.
- 3.2. eine *Kulturmesse*, auf der Veranstalter wie Theater, Kinos, Museen sich vorstellen und damit Jugendliche auf ihr Angebot aufmerksam machen.

Sport

Um Jugendliche auch in ihrer Freizeit für Sport zu sensibilisieren, ist es unerlässlich, schon den Schulsport attraktiver zu gestalten.

Wir schlagen vor:

- eine größere *Sportartenvielfalt an Schulen* durch mehr Geräte und besser ausgebildete Lehrer möglich zu machen. Nötig für die Realisierung sind regelmäßige Fortbildungen für Sportlehrer.
- mehr *Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen*, um einen fließenden Übergang von Schulsport zu Vereinssport zu ermöglichen.
- öffentliche, freiwillige *Sportveranstaltungen* (z.B. Marathon, Fußballturniere, Basketballspiele) für Jugendliche.

Jugendzentren

Jugendzentren stellen prinzipiell eine gute Möglichkeit für Jugendliche aus verschiedenen Gruppen dar, gemeinsam die Freizeit zu verbringen, hierbei soll die finanzielle der Jugendlichen keine Rolle spielen.

Wir schlagen vor:

- das Image von Jugendzentren durch *Informationsveranstaltungen* in Schulen zu verbessern und damit alle Jugendliche auf das Angebot aufmerksam zu machen.
- *mehr Personal* (z.B. in Form von Zivildienstleistenden), die als Betreuer fungieren.

Ausländer und Soziales / Integration

Integration von behinderten Menschen

Behinderte Menschen sollten mit nicht behinderten Menschen konfrontiert werden, um ihnen somit die Chance zu geben, zu sehen, dass auch sie ganz normale Menschen sind.

Öffentlichkeit

Wir stellen fest, dass die Schilder und Informationsquellen in der Öffentlichkeit zu kleine Schrift aufweisen.

Wir fordern größere Schriften aller öffentlicher Schilder und Informationsquellen.

Wir stellen fest, dass es nur eine Integrationsschule, in der körperlich und Behinderte zusammen mit nicht-behinderten Menschen lernen können, gibt.

Wir fordern mindestens eine „I-Schule“ pro Stadtbezirk, damit die Integration gefördert wird.

Wir stellen fest, dass Rollstuhlaufkleber, die darauf hinweisen, dass man ein Rollstuhlfahrer/in ist, von jedem Menschen im Supermarkt erworben werden kann.

Wir fordern, dass diese Aufkleber nur beim Arzt von Behinderten erworben werden kann.

Wir stellen fest, dass Kinder und Jugendliche nicht genug über das Leben Behinderter aufgeklärt sind.

Wir fordern Aktionstage (Tag zur Aufklärung) bzw. Aktionswochen in der Grundschule oder der Schule, um die Schüler und Schülerinnen über das Leben behinderter Mitmenschen aufzuklären.

Wir stellen fest, dass nicht an jeder U- und S-Bahn-Station Fahrstühle für Rollstuhlfahrer vorhanden sind.

Wir fordern Fahrstühle an jeder Station, damit jeder Mensch an sein Fahrziel ankommt. Weiterhin müssen alle Busse intakte Rampen haben.

Wir stellen fest, dass es auf vielen öffentlichen Plätzen und Einkaufspassagen für Rollstuhlfahrer und andere Behinderte nur eingeschränkte Möglichkeiten gibt sich frei zu bewegen.

Wir fordern volle Barrierefreiheit an allen öffentlichen Plätzen für behinderte Menschen. Architekten müssen auf behinderte Menschen Rücksicht nehmen.

Positive Aspekte, die schon vorhanden sind jedoch noch verbessert werden müssen:

- Behinderte können mit einem Behindertenausweis die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen ohne etwas bezahlen zu müssen.
- Positiv ist auch die Ausstellung Dialog im Dunkel, so könne sich viel Jugendliche und Erwachsene in die Lage eines Blinden versetzen.
- Viele Busfahrer helfen den Behinderten beim Ein- und Aussteigen.
- Unter anderem sind Hilfsknöpfe vorhanden, wie z.B. im Bus, damit die Rollstuhlfahrer herauskommen.
- Es sind schon einige öffentliche Verkehrsmittel behindertenfreundlich ausgestattet, aber leider noch nicht genug.
- Die Ausbildung von Behindertenhunden ist sehr gründlich, so dass die Hunde bei jeder Situation wissen, was sie zu tun haben.

Migration

Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seine Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dies muss von der Politik akzeptiert und in eine aktive Zuwanderungspolitik umgesetzt werden.

Wir stellen fest:

- Dokortitel und andere Qualifikationen aus Nicht-EU-Staaten werden nicht anerkannt.
- Die derzeitige Regelung der Kita-Card benachteiligt ausländische Bürger.
- Die Häuser der Jugend werden nicht ausreichend finanziell gefördert, so dass sie ihrer integrationspolitischen Verantwortung nicht gerecht werden können.
- Die Deutschkenntnisse ausländischer Kinder sind nur unzureichend.
- Die interkulturelle Aufklärung in den Schulen ist mangelhaft und fördert Vorurteile.

Wir fordern:

- Die Anerkennung der Abschlüsse aus Nicht-EU-Staaten.
- Einbeziehung von Kindern mit nicht-berufstätigen Eltern in die Kita-Card-Regelung.

- Bessere finanzielle Ausstattung der Häuser der Jugend für eine bessere Integrationspolitik durch Förderung interkulturellen Austauschs zwischen den Jugendlichen („Tag der Kulturen“) und zum Abbau der Jugendkriminalität.
- Pflicht für Sprachkurse
- Sprachkurse für Asylbewerber in den Asylheimen.
- Die sofortige Wiedereinführung des Referats „Maßnahmen zur Förderung von Schülern und Schülerinnen nicht-deutscher Muttersprache“ im Amt für Schule.
- „Toleranzwochen“ an Schulen zur interkulturellen Aufklärung.

SchülerInnendemo

In unserer dreitägigen Arbeit haben wir versucht, uns möglichst viele verschiedene Meinungen und Informationen uns anzuhören. Zudem haben wir uns mit Gesetzestexten zum Versammlungs- und Demonstrationsrecht auseinandergesetzt.

Wir haben festgestellt, dass es viele konträre Meinungen zu den Vorfällen auf der SchülerInnendemo vom 24. März 2003 gibt. Wir haben versucht unsere Meinung unabhängig und differenziert zu bilden.

Aufgrund unserer Arbeit:

- stellen wir fest, dass Polizisten bei Demonstrationen nicht identifizierbar sind.
- Wir fordern deswegen Erkennungsschilder für alle Polizisten als Pflicht bei Demonstrationen.
- fordern, dass die Polizisten gegenüber jeglichen Teilnehmern einer Demonstration ihrer Auskunftspflicht nachkommen und somit das bestehende Recht befolgt wird.
- stellen wir fest, dass es nach 16.00 h und am Wochenende nicht möglich ist bei Ingewahrsamnahmen einen Haftrichter vor Ort zu haben.
- Wir fordern, dass zu jeder Zeit ein Haftrichter bei Ingewahrsamnahmen vor Ort ist.
- Wir fordern, dass ein Polizeipsychologe bei jeder Demonstration vor Ort ist.
- Wir fordern die uneingeschränkte Einsicht in die Polizeivideos des 24.03.2003 und generell.
- Wir stellen fest, dass die Polizeiführung nicht alle Mittel der Deeskalation genutzt hat.

Im Verhältnisrecht wurde von Seiten der Polizei nicht korrekt gehandelt. Wir fordern dieses für die Zukunft zu beachten.

- Wir stellen fest, dass die SchülerInnen zu wenig über ihre eigenen Rechte und Pflichten in Bezug auf eine Demonstration informiert worden sind.

- Wir fordern, dass die Aufklärung durch eine Vor- und Nachbereitung im Unterricht stattfindet.

Wir haben uns zudem auch mit der parlamentarischen Nachbereitung der Schülerdemonstration auseinandergesetzt. Auch dazu wollen wir an dieser Stelle etwas aussagen:

- Wir heißen es nicht für gut, wie sich Vertreter der Schill-Partei in der Sitzung des Innenausschusses zum Thema Schülerdemonstration vom 24.03.2003 verhalten haben.
Durch die Blockade der Zuschauersitze, war ein Großteil der Öffentlichkeit und damit die betroffenen Schüler gehindert der Sitzung beizuwohnen.
- Wir verurteilen den Umgang mit diesem Thema in der aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft. Dort wurde nicht konstruktiv diskutiert, sondern einander beschimpft und sich nicht an die parlamentarischen Regeln gehalten.

Obwohl wir (Ausschussmitglieder) hiermit einige Ergebnisse unserer Arbeit ausgearbeitet haben, haben wir gemerkt, dass die Auseinandersetzung mit den Vorfällen auf der Schülerdemonstration vom 24.03.2003 nicht in 3 Tagen zu bewältigen ist und nicht nur eine moralische Bewertung der Ereignisse erforderlich ist, sondern auch rechtliche Fragen behandelt werden müssen.

Dazu sahen wir uns nicht im Stande und fordern deshalb

- einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Vorfällen auf der Schülerdemonstration vom 24.03.2003

Aufgrund unserer Arbeit sind wir abschließend zu der Meinung gelangt, dass die Polizei in einigen Fällen rechtswidrig, aber allgemein unmoralisch gehandelt hat.

Dabei blenden wir den Fakt aber nicht aus, dass einige Demonstranten mit Gegenständen auf die Polizei geworfen haben, was wir an dieser Stelle aber gleichermaßen verurteilen. Aus Zeugenberichten haben wir erfahren, dass unschuldige Schüler mit Knüppeln geschlagen wurden, obwohl der Einsatz dieser nicht erlaubt war und das es zusätzlich unterlassene Hilfeleistung und Freiheitsberaubung gab.

Wir fordern, dass sich die Polizei für zukünftige Demonstrationen nach friedlicheren Maßnahmen (z.B. keine unschuldigen Schüler in Gewahrsam nehmen etc) umsieht, um Eskalationen, wie sie am 24.03.2003 aufgetreten sind, zu vermeiden. Außerdem wünschen wir ein gewaltfreies Verhalten der Demonstranten.

Wirtschaft, Bau, Verkehr, Umwelt

Hafencity

Wirtschaft:

Bei dem Bau eines Großprojektes im Herzen der Stadt, haben wir Bedenken, dass mittelfristig die Randbezirke Hamburgs vernachlässigt werden. Wir fordern, dass die Wirtschaftsstandorte in den Randbezirken weiterhin gefördert werden. Wir sehen aber in

der Hafencity die Chance, die City und den Süden Hamburgs enger miteinander zu verbinden.

Wir sprechen uns für die Einführung der U4 in die Hafencity aus. Die Vorteile hierfür sind die hohe Kapazität, die vereinfachte Weiterführung in den Süden Hamburgs sowie die leichtere Integration in das restliche Netz des ÖPNVs. Wir fordern jedoch, dass es eine zweite U-Bahnstation im Osten der Hafencity geben muss, da das Fassungsvermögen einer Station nicht ausreichend ist, um die erforderliche Personenbeförderung zu gewährleisten.

Wohnen:

Laut Masterplan sollen ca. 12.000 Menschen in die Hafencity ziehen. Für die Kinder der dort lebenden Familien ist eine Grund- und Sekundärschule von Nöten. Wir begrüßen den Bau dieser Schulen im Umfeld des „Loseparks“, da sich in dieser Umgebung nach Expertenmeinung die meisten Familien niederlassen werden. Des weiteren fordern wir, dass in den Hauptwohngebieten Spielplätze eingerichtet werden.

Umwelt:

Wir begrüßen, dass in der Planung der Hafencity als Wirtschaftsschwerpunkt Rücksicht auf moderne Umweltstandards genommen wurde. Auf Grund der hohen Investitionskosten und der momentanen Wirtschaftslage halten wir die Verwendung von Passivhäusern als eventuelle Bauauflage für bedenklich, da dieses Investoren abschrecken könnte. Des weiteren halten wir den Bau von Passivhäusern in der Hafencity für zukunftsweisend und weisen auf die bereits bestehenden staatlichen Subventionsmöglichkeiten hin.

Kultur:

Wir stellen fest, dass kulturelle Einrichtungen, wie ein maritimes Museum in der Hafencity geplant sind. Zudem fordern wir den verstärkten Bau von kulturellen und historisch-bildenden Einrichtungen, wie einem Hanse-Infocenter oder einem Museumshafen, die einen attraktiven Anziehungspunkt für Touristen darstellen. Des weiteren sehen wir die Notwendigkeit, die Hafencity auch für junge Menschen attraktiv zu gestalten. Ein Beitrag würde eine „ausgefallene Jugendeinrichtung“, wie eine Unterwasserdisko oder ein Wassersportcenter leisten, welche die Nähe zum Wasser, also die Identität der Hafencity widerspiegelt.

Airbuserweiterung/Ortsumgehung Finkenwerder

Feststellung:

Zur Entlastung Finkenwerders gibt es unterschiedliche Trassenalternativen.

Zum einen ist die Südtrasse beschlossen, die zum Teil zur Zerstörung der hiesigen Obstanbauflächen und zur Zerschneidung des noch intakten Naturraumes der alten Süderelbe führt:

Durch eine Verlegung der Straße des Neßhauptdeich südlich der Werksgelände der Airbus wird schon zum Teil die Bezirkstrasse realisiert. Dies stellt die Planung durch die Südumgehung in Frage. Der zeitliche Horizont zwischen der Realisierung der Südumgehung (2006) und der A 26 (2010), genauso die Planung der Südumgehung in Frage stellt.

Forderung:

Für die betroffenen Obstbaubetriebe und Bevölkerung müssen Lösungen gefunden werden, die nicht nur auf Finkenwerderseite akzeptabel sind, sondern auch im

Harburgerbezirk. Die obstbauschonende Realisierung der A26 und die Realisierung des Werksausschusses der Airbus über die Verlegung des Neßhauptdeiches als Teil der Bezirkstrasse und dadurch auch die Akzeptanz für diese Straßenbaumaßnahmen in Bezirk Harburg herzustellen und ein unsinniges Vermehren an Straßenbaumaßnahmen sind zu vermeiden. Hierzu äußerte sich schon vor der Wahl unser 1. Bürgermeister Ole von Beust, dass dieser Raum keine zwei so gravierende Trassen verträge. Dieses Wahlversprechen sollte eingehalten werden.

Feststellung:

Die von der Erweiterung des Airbusgeländes und der Straßenbaumaßnahmen betroffenen Obstbaubetrieben müssen genauso die Möglichkeiten zum Wachstum und zur Optimierung ihrer Betriebsstrukturen (Flächenwachstum) erhalten wie Großbetriebe z.B. Airbus denen ca. 140 ha (Mühlenbergerloch) zur Verfügung gestellt wurde.

Forderung:

Durch den Interessenkonflikt von Obstanbaubetrieben und der auszugleichenden Baumaßnahmen (Flächenbedarf) sollte es nicht weiter zur Schwächung der Obstbaubetriebe kommen.

Feststellung:

Wir haben festgestellt, dass es für betroffene Bewohner nicht verständlich ist, Teile einer gewachsenen Struktur für ein Prestigeobjekt, dem A380, aufzugeben, da aus ihrer Sicht kein zwingender Grund vorliegt. Die beladenen Testflüge können besser in Toulouse ablaufen, da dort die benötigte Landebahn bereits vorhanden ist.

Forderung:

Verzicht auf die beladenen Testflüge des A380 im Hamburgerischen Bereich und der Erhalt der Ortschaft Neuenfelde mit allen Kulturgütern wie z.B. der Kirche und der einmaligen Arp-Schnitger-Orgel.

Feststellung:

Aus Sicht der betroffenen Bewohner des Süderelberaumes speziell Neuenfelde, stellt sich die Planung des Senats als sogenannte „Salamitaktik“ dar.

Forderung:

Es wäre wünschenswert, wenn die betroffene Bevölkerung in die Planung einbezogen würde und Maßnahmen als Gesamtheit in die Planfeststellung gehen und nicht nur scheinbar nachgeliefert wird. Diese Art der Vorgehensweise ist schädlich für die Akzeptanz dieser Maßnahmen in dem betroffenen Raum und fördert nicht die Glaubwürdigkeit des Hamburgersenats (z.B. Verlängerung der Start- und Landebahn).

Zusätzliche Forderung:

Verstärkter Ausgleich von Airbus, z.B. Bereitstellung der Hallendächer für Solarzellen

Infrastruktur/ÖPNV

I. Verkehrsanbindung Bramfeld/Hafencity

Feststellung:

Wir stellen fest, dass zwar bereits seit langer Zeit die Linie U4 geplant wird, eine dadurch entstehende Anbindung der zentralen Orte Steilshoop, Bramfeld und der Hafencity erreicht würde, jedoch eine Planung erfolgt, die eine Stadtbahn völlig ausschließt und die zeitliche und finanzielle Priorität des Ausbaus der U4 klar in den Bereich der Hafencity setzt. Unklar ist, wie die U4 zwischen Barmbek und Bramfeld finanziert werden soll.

Forderung:

Wir fordern unbedingte Priorität für eine Schienenanbindung der Strecke nach Bramfeld über Steilshoop, da die Bewohner dieser Region bereits seit ca. 30 Jahren auf diese Anbindung warten und sie verkehrstechnisch nötig ist. Für die Strecke Barmbek-Steilshoop/Bramfeld schlagen wir den Ausbau einer U-Bahn Linie vor (U4), da Steilshoop bereits eine U-Bahn Station besitzt und das Straßennetz dort nicht zusätzlich durch eine Stadtbahn belastet werden sollte.

II. Süderweiterung des HVV-Bereichs

Feststellung:

Wir stellen fest, dass der HVV seinen Tarifbereich zum 15.12.2002 in die schleswig-holsteinischen Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg ausgeweitet hat, die niedersächsischen Landkreise Harburg, Stade und Lüneburg in der geplanten Erweiterung zeitlich aber weit zurückliegen. Es gibt aufgrund verschiedener Probleme kein bestimmtes Datum für die HVV-Süderweiterung.

Forderung:

Wir fordern, dass die Gespräche zwischen den Verantwortlichen der Freien- und Hansestadt Hamburg und den betroffenen Landkreisen intensiviert und vorangetrieben werden. Möglichst bald sollten die Verkehrsbetriebe der betroffenen niedersächsischen Landkreise mit dem HVV kooperieren und ein gemeinsames Tarifsysteem einführen.

III. Nachtverkehr

Feststellung:

Wir stellen fest, dass die Schnellbahnen des HVV zur Zeit zwischen ca. 0:30 Uhr und 4:30 Uhr im Regelfall nicht verkehren, statt dessen findet der Personentransport ausschließlich mit Bussen statt. Dieser hat im Gegensatz zu dem Tagesbetrieb zahlreiche Nachteile:

- Nicht ausreichende Anbindung aller Stadtteile an den ÖPNV
- Chronische Überfüllung zu den Stoßzeiten insbesondere am Wochenende
- Zu langer Übergang zwischen der letzten Schnellbahn und dem ersten Nachtbus.

Forderung:

- Wir fordern, dass S-Bahnen abgeschaltet und das Nachbusangebot gesteigert wird.
- Wir empfehlen, das Nachtbussystem zu diesen Zeiten auszubauen und statt dessen den regulären Busbetrieb während der Nachtzeiten mit geringeren Taktungen fahren zu lassen.

IV. Behindertengerechter Ausbau aller Bahnstationen*Feststellung:*

- Wir stellen fest, dass zur Zeit nur 53 von 146 Bahnstationen behindertengerecht ausgebaut sind und weitere 13 Bahnstationen in Planung sind.
- Wir stellen fest, dass die Mittel aus der Stellplatzabgabe nicht mehr in vollem Umfang für den behindertengerechten Ausbau von Bahnstationen genutzt werden.

Forderung:

Wir fordern, dass zusätzliche Mittel aus der Stellplatzabgabe bereitgestellt werden, um den behindertengerechten Ausbau aller Bahnstationen zu beschleunigen.

V. Einführung eines Jugendtickets im ÖPNV*Feststellung:*

Wir stellen fest, dass es keine ermäßigte Einzelfahrkarte für Jugendliche über 14 Jahren gibt. Eine Hin- und Rückfahrt im Gesamtbereich des HVV kann so für Jugendliche bis zu 12 Euro kosten.

Forderung:

- Wir fordern die Einführung einer Einzelfahrkarte für Jugendliche über 14 Jahren, die es auch Jugendlichen ermöglicht, kostengünstig den HVV zu benutzen.
- Wir empfehlen, dass diese Einzelfahrkarte höchstens die Hälfte des normalen Erwachsenentarifs im Großbereich Hamburg beträgt.

Außenwirkung der Freien und Hansestadt Hamburg

Wir stellen fest, dass Hamburg eine positive Entwicklung im Bereich des Tourismus vorweist, dies schafft neue Möglichkeiten auf dem Weg zur Metropole. Dieses Niveau gilt es zu sichern und auszubauen. In Zusammenarbeit mit Vertretern der Konsulate, der Hamburger Regierung, der Hamburger Bürgerschaft, der Tourismuszentrale, sowie Vertretern aus der Wirtschaft konnten wir folgende Defizite aufdecken und nachfolgende Lösungswege formulieren.

1. Modernisierung der Messehallen, diese aber nicht auf Kosten Pflanzen und Blumen, das selber eine Verschönerung der Stadt darstellt.
2. Hamburg genießt nur im Bundesgebiet einen hohen Bekanntheitsgrad. Daher fordern wir, dass Hamburg eine internationale Image-Kampagne durchführt.

3. Der Spielbudenplatz beeinträchtigt die ansonsten, für Touristen, ansprechende Atmosphäre der Reeperbahn.
Daher fordern wir, dass der Spielbudenplatz eine dem Stadtbild entsprechende Umgestaltung erfährt.
4. Hamburg gibt sich selbst ein maritimes, tolerantes und weltoffenes Image.
Damit dies erhalten bleibt fordern wir:
 - Den Christopher-Street- Day weiterhin stattfinden zu lassen.
 - Das Kreuzfahrtterminal am Grasbrook schnellstmöglich aus dem Stadium eines Provisoriums herauszuholen.
 - Den G-Move und den Schlagermove stattfinden zu lassen.
5. Hamburg ist eine Medienmetropole von internationalem Rang.
Da dies so bleiben muss fordern wir:
Weiterhin wichtige Medienereignisse (wie bspw. Echo, Bambi) in die Stadt zu holen.
6. Hamburg zeigt im Tourismus den positiven Trend, was die Übernachtungszahlen angeht.
Daraus ergeben sich Verpflichtungen für die Freie und Hansestadt Hamburg:
 - Mehrsprachigkeit der Stadt (Schilder etc. auf Deutsch/Englisch weitere Sprachen wären zu erörtern wie bspw. Chinesisch)
 - PR für Hamburger Großveranstaltungen
7. Wir stellen fest, dass die EU-Osterweiterung für den Wirtschaftsstandort Hamburg neue Chancen bietet, die genutzt werden müssen.
Daher fordern wir ein partnerschaftliches Zusammenarbeiten mit der historisch befreundeten Stadt Lübeck und dem Ostseehafen Travemünde.
8. Wir stellen fest, dass China (unter Berücksichtigung der kürzlich eingeführten Touristen-Visa) ein neuer Wachstumsmarkt auf touristischer und wirtschaftlicher Ebene ist.
Daher fordern wir:
 - Aufrechterhaltung enger wirtschaftlicher Beziehungen
 - Direktverbindung nach China (Flug und/oder Fähre)
9. Wir stellen fest, dass in der Hamburger Innenstadt einige Gebäude erhebliche Verunreinigungen vorweisen.
Daher fordern wir, dass die Stadt Hamburg Bürger bezuschusst, die ihre Fassaden erneuern und somit einen Beitrag zur Verschönerung des Stadtbildes leisten.
10. Wir stellen fest, dass in Hamburg keine internationalen Sportveranstaltungen stattfinden, die weltweite Beachtung finden.
Daher fordern wir, dass Hamburg sich um sportliche Großveranstaltungen bemüht und durch den Bau eines Leichtathletikstadions die Rahmenbedingungen dafür schafft.
11. Wir stellen fest, dass es in Hamburg keine Einrichtung gibt, die der Emigrierten Deutschen gedenkt.
Wir fordern daher die Schaffung einer entsprechenden Einrichtung, da die Erfahrung zeigt, dass diese Einrichtung touristisch interessant sind und eine engere Bindung der Touristen an die Stadt bewirkt.